

Merz, Söder und die K-Frage - ein „Sich-Belauern“

Sie belauern sich - und der eine kann anders als der andere von Sticheleien nicht lassen: Die parallelen Sommerinterviews von CSU-Chef Markus Söder und des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz gewähren Einblicke, wie es um die Kanzler-Frage steht.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN „Schon vorbei? Schade“, sagt Markus Söder, während im Hintergrund der Ammersee nahezu ruht und Vögel zwitschern. Gemeint ist das ZDF-Sommerinterview. Der CSU-Chef kann aber auch sonst nie genug kriegen von Aufmerksamkeit in Sozialen Netzwerken, von Auftritten im Fernsehen mit Schnaps und Singsang, und vor allem vom politischen Taktieren in eigener Sache. Im Interview-Fernduell mit Unionschef Friedrich Merz am Sonntagabend geht es daher nicht nur, aber auch um Ambitionen.

Söder spricht über Rückführungen nach Afghanistan, er fordert die Beibehaltung der Grenzkontrollen, die Innenministerin Nancy Faeser (SPD) zur Fußball-Europameisterschaft aberkannt hat, er sagt, es sei ein „schwerer Fehler, Bürgergeld für ukrainische Menschen zu bezahlen“. Er ist ganz der Bundespolitiker. Überraschenderweise ist die K-Frage kein Thema in dem Gespräch. Muss sie auch nicht sein, weil doch jeder weiß, dass Söder lauert und er die Debatte immer wieder anfeuert.

Zuletzt als er anmerkte, würde der CDU-Chef ihn bitten, würde er sich das mit einer Kandidatur noch mal überlegen. Im Merz-Lager registriert man solche und andere Äußerun-



Unionschef Friedrich Merz (links) und CSU-Chef Markus Söder: Die Sommerinterviews haben die beiden als „Schaulaufen für eine mögliche Kanzlerkandidatur“ genutzt, sagt der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke.

FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

gen genau - keiner traut dem Bayern über den Weg. Merz wohl auch nicht. Oft schiebt der Sauerländer ein Grinsen nach, wenn er sagt, mit Söder arbeite er „eng und freundschaftlich zusammen“. An diesem Sonntagabend ist das wieder der Fall, als Merz an der Berliner Spree sitzt und der ARD ein Sommerinterview gibt - etwas früher als Söders flimmert es über den Bildschirm.

Nach außen beschwört man gerne die gemeinsame Linie. „Wir werden im Spätsommer einen Vorschlag machen und dann werden

die beiden Parteivorstände von CDU und CSU das entscheiden“ - einvernehmlich, betont Merz. Auch werde man sich die „Gesamtlage der Union“ ansehen, weil vorher drei wichtige Landtagswahlen im Osten stattfinden werden. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg geht es im September für die CDU und für Merz um viel.

Man will einen Ministerpräsidenten behalten (Sachsen), möglichst einen hinzugewinnen (Thüringen). Gelänge dies, wäre Merz in Sachen K-Frage durch. Im Interview hebt

er ausdrücklich hervor, die Landesverbände würden entscheiden, ob sie mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht koalieren wollen. Das ist

Nach außen beschwört man gerne die gemeinsame Linie.

taktisch klug, eine andere Wahl hat er aber auch nicht.

Merz ist in der Union weitestgehend unangefochten, einen verbalen Fauxpas hat er sich schon lange

nicht mehr geleistet. Insider wissen freilich: Die Wahlausgänge im Osten könnten Söders Einfallstor sein, um vielleicht doch noch eine Chance auf die Kanzlerkandidatur zu haben. Oder aber, um dann die Preise der CSU nach oben zu treiben. Für eine Unterstützung von Merz, für spätere Koalitionsverhandlungen sowie eine Regierungsbildung. Deswegen sticht Söder auch, wann immer er kann. Oder er lässt sticheln und lancieren. Im ZDF bekommt der Ministerpräsident dazu jedoch kaum Gelegenheit. Freilich sagt er: „Dieses

Mutmaßliches Hisbollah-Mitglied in Salzgitter festgenommen

Ein Mann soll im Auftrag der Hisbollah Bauteile für militärische Drohnen beschafft haben. Die Bundesanwaltschaft ließ ihn festnehmen. Er kommt in Untersuchungshaft.

KARLSRUHE (dpa) Die Bundesanwaltschaft hat ein mutmaßliches Mitglied der radikalislamischen Terrorvereinigung Hisbollah im niedersächsischen Salzgitter festgenommen lassen.

Der Mann soll im Auftrag der Organisation in Deutschland „Komponenten zum Bau militärischer Drohnen, insbesondere Motoren“ beschafft haben, teilte die höchste deutsche Anklagebehörde mit. „Diese sollten in den Libanon ausgeführt und dort bei terroristi-

schen Angriffen auf Israel eingesetzt werden.“

Beamte des Bundeskriminalamts hatten den Mann am Sonntag festgenommen, wie die Karlsruher Behörde weiter mitteilte. Er sei am Montag dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt worden und sitze nun in Untersuchungshaft.

Der libanesische Staatsangehörige sei der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland „dringend verdächtig“. Für die schi-

itisch-islamistische Hisbollah („Partei Gottes“) gilt in Deutschland seit April 2020 ein Betätigungsverbot.

Israel und die Hisbollah liefern sich seit dem Beginn des Gaza-Kriegs nahezu täglich Gefechte. Zuletzt nahm deren Intensität deutlich zu. Auf beiden Seiten gab es Tote. Die Hisbollah-Miliz handelt nach eigenen Aussagen aus Solidarität mit der islamistischen Hamas in Gaza. Seit langem wird befürchtet, dass sich der Konflikt ausweiten könnte.

Bundesregierung wirbt für Waffenstillstand im Gazastreifen

Bei einem israelischen Luftangriff nahe Chan Yunis sind am Wochenende Dutzende getötet worden. Deutschland ruft dazu auf, die Waffenstillstands-Verhandlungen zu intensivieren.

BERLIN (dpa) Nach dem israelischen Luftangriff im Süden des Gazastreifens mit Dutzenden Toten hat die Bundesregierung an die Konfliktparteien appelliert, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Hochdruck fortzusetzen. „Dieser Waffenstillstand ist dringend notwendig, um die Freilassung der Geiseln zu erreichen und die humanitäre Notlage der Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza zu lindern“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin.



Blick auf das Auswärtige Amt in Berlin

FOTO: MARIUS BECKER/DPA

Israels Angriff am Samstag in der Nähe von Chan Yunis galt führenden Hamas-Vertretern. Dutzende Menschen kamen dabei um. Berichten, wonach als Reaktion ein Abbruch der laufenden indirekten Gespräche der Konfliktparteien erwogen werde, hatte ein Vertreter des politischen Flügels der Hamas zuletzt widersprochen.

Der Außenamts-Sprecher betonte in Berlin, die israelische Armee sei bei ihrem Vorgehen zum Schutz von Zivilisten verpflichtet: „Jedes Kind, das in Gaza stirbt, ist eins zu viel.“

Ruanda wählt - Staatschef Kagame gilt als Favorit

KIGALI (epd) In Ruanda war die Bevölkerung am Montag zur Wahl eines Präsidenten und eines neuen Parlaments aufgerufen. Es wird mit einem Sieg des amtierenden Staatschefs Paul Kagame gerechnet, der das ostafrikanische Binnenland seit 24 Jahren mit harter Hand regiert. Außer Kagame traten zwei weitere Kandidaten bei der Präsidentenwahl an: Frank Habineza von der Demokratischen Grünen Partei Ruanda und der unabhängige Kandidat Philippe Mpayimana. Ihnen werden jedoch nur wenige Chancen zugerechnet. Sechs weitere Anwärter waren von der Nationalen Wahlbehörde gesperrt worden. Begründet wurde dies mit fehlerhaften Dokumenten. Die vorläufigen Wahlergebnisse sollen spätestens am Samstag veröffentlicht werden. Rund 9,5 Millionen Menschen waren für die Wahl registriert.

Produktion dieser Seite:
Markus Renz, Lucas Hochstein

Ministerin Paus erwartet Ende des Ehegattensplittings - FDP kontert

BERLIN (dpa) Mit der geplanten Reform der Steuerklassen ebnet die Bundesregierung aus Sicht von Familienministerin Lisa Paus den Weg zu einer Abschaffung des Ehegattensplittings. „Der Abschied vom veralteten Instrument des Ehegattensplittings ist überfällig“, bekräftigte die Grünen-Politikerin in der Bild-Zeitung. „Es ist ein Instrument, das allein die klassische Ehe steuerlich begünstigt. Und das, obwohl vielfältige Familienmodelle längst Teil unserer Gesellschaftsrealität sind.“ Das FDP-geführte Finanzministerium wies Paus' Aussagen direkt zurück: Das Splittingverfahren bleibe erhalten.

Um das Ehegattensplitting gibt es seit Jahren immer wieder Diskussionen. Bei dem Verfahren wird das gemeinsame Einkommen eines Paares rechnerisch halbiert, die darauf entfallende Einkommensteuer berechnet und die Steuerschuld

anschließend verdoppelt. Davon profitieren bei der Steuer vor allem Paare, bei denen einer viel und der andere wenig verdient. Begründet wird dies mit dem besonderen Schutz von Ehe und Familie.

Mit dem Entwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes 2024 hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) eine Reform bei den Steuerklassen auf den Weg gebracht. In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, dass statt der Steuerklassen III und V künftig das sogenannte Faktorverfahren in Steuerklasse IV genutzt werden soll.

Damit werde die Lohnsteuerbelastung gerechter auf die Eheleute, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner verteilt, heißt es im Gesetzentwurf.

Paus sagte, dies sei „gleichzeitig der Startpunkt in Richtung Abschaffung des Ehegattensplittings.“

Im Finanzministerium sieht man das anders. „Das Gegenteil der Einschätzung von Ministerin Paus ist der Fall“, hieß es. „Es gibt keinerlei Pläne oder auch nur politischen Willen zur Abschaffung. Ministerin Paus spricht nicht für die Bundesregierung, sondern nur für die Grünen.“

Auch FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai widersprach der Familienministerin vehement. „Die Abschaffung des Ehegattensplittings käme einer massiven Steuererhöhung für die Mitte der Gesellschaft gleich - das ist mit der FDP nicht zu machen“, sagte er. Djir-Sarai wies Paus' Einschätzung zurück, die Reform der Steuerklassen sei die Vorbereitung eines solchen Schrittes. „Schließlich haben wir eine Abschaffung des Ehegattensplittings im Koalitionsvertrag auch nicht vereinbart“, betonte der FDP-Politiker.

Steinmeier unterschreibt neues Klimaschutzgesetz

BERLIN (dpa) Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das von Umweltverbänden scharf kritisierte neue Klimaschutzgesetz unterschrieben. Es kann damit nach seiner Veröffentlichung in Kraft treten. Für Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) kommt die Ausfertigung der Gesetzesnovelle in letzter Minute. Wäre sie nicht erfolgt, hätte er noch am Montag ein Sofortprogramm für mehr Klimaschutz im Verkehrsbereich vorgelegen müssen.

Nach der Novelle soll es künftig eine mehrjährige und sektorenübergreifende Gesamtbetrachtung des Treibhausgasausstoßes geben. Dieser soll dort gemindert werden, wo die größten Einsparpotenziale liegen. Damit entfällt die bisherige sektorale Betrachtungsweise. Davon profitiert vor allem Wissing, weil der Verkehrssektor seine Klimaziele bisher nie erreicht hat.

Der Expertenrat für Klimafragen

hat zuletzt im April festgestellt, dass der Verkehrssektor sein jährliches Ziel erneut verfehlt und deutlich mehr Treibhausgase ausgestoßen hat als vorgesehen. An den Klimazielen selbst ändert die Novelle nichts. Deutschland soll weiterhin bis 2045 treibhausgasneutral werden. Das Gesetz war vom Bundestag Ende April beschlossen worden und hatte Mitte Mai den Bundesrat passiert. Die Prüfung des Gesetzes auf seine Verfassungsmäßigkeit durch das Bundespräsidialamt dauerte ungewöhnlich lang.

Das Bundespräsidialamt teilte am Montag mit, im Mittelpunkt der Prüfung habe die Vereinbarkeit mit den Vorgaben gestanden, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimaschutzbeschluss vom März 2021 aufgestellt hat.

Die Deutsche Umwelthilfe hatte Steinmeier indes aufgefordert, die Unterschrift unter dem Gesetz zu verweigern.